

Leere Regale in vielen Geschäften auf der einen Seite, gleichzeitig übervolle Ställe in der Landwirtschaft und nicht absetzbare Produktion in vielen Industriebetrieben auf der anderen Seite sind Ausdruck dieses untragbaren Zustandes. Selbst das tägliche Brot fehlt oft in den Läden und wird zu gleicher Zeit offenfrisch an Schweine verfüttert, und das ist ja irgendwo nicht in Ordnung.

Zwischen den beteiligten Partnern - Produzenten, Großhändler und Einzelhändler - ist ein regelrechter Handelskrieg entbrannt. Jeder versucht, seine eigene Haltung zu rechtfertigen und die Schuld den anderen Beteiligten zuzuschreiben. Leidtragender ist in jedem Fall die Bevölkerung, und das gewissermaßen im doppelten Sinne: nämlich einmal als Konsument und andererseits als Produzent.

In dieser komplizierten Situation erweist sich die Regierung als hilflos und unentschlossen. Es gibt viele Absichtserklärungen. Verschiedene Beschlüsse, z.B. zum Schutz des Binnenmarktes oder zur Senkung der Verbraucherpreise, wurden gefaßt, aber zu langsam, inkonsequent und auch in die falsche Richtung durchgeführt, wie das eben auch schon von Frau Martini zum Berge gezeigt wurde. So wurde z. B. die Weisung zur Preissenkung risikobehafteter Bestände offenbar nicht konkret genug gefaßt und darüber hinaus noch in jeder Hinsicht subjektivistisch ausgelegt.

Auf völliges Unverständnis in breiten Bevölkerungskreisen stößt die Tatsache, daß marktfähige Produkte, die es in der DDR kaum zu kaufen gab, plötzlich so weit im Preis gesenkt wurden, daß es einer Verschleuderung von Volkseigentum gleichkommt. Ich denke da z. B. an modische Waren, dabei Importe, an Fotoapparate und Uhren. Mehrere Millionen Mark sind wahrscheinlich bei dieser Aktion unbegründet dem Staatshaushalt entzogen worden.

Andererseits war es bis heute nicht möglich, tatsächlich risikobehaftete Bestände der Nahrungsgüterwirtschaft durch eine Preisstützung einer sinnvollen Verwendung zuzuführen. Soll damit der Bankrott von Betrieben und des Staatshaushaltes herbeigeführt werden?

(Zwischenruf des Stellvertreters der Präsidentin Dr. Höppner: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Nein, ich möchte das nicht.

Die Menschen im Lande messen die Wirksamkeit der Regierung nicht an Absichtserklärungen, sondern sie erwarten die Herstellung normaler Verhältnisse, und zwar umgehend.

Wir fordern deshalb unverzüglich Sofortmaßnahmen, die auf folgendes gerichtet sein könnten, müßten:

Erstens umgehend ökonomische Rahmenbedingungen zu schaffen, die unserer Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel einen chancengleichen Marktwettbewerb ermöglichen. Der ökonomische Spielraum zwischen Handel und Produktion ist analog so zu gestalten, wie das beim Bezug von Waren von westlichen Lieferanten der Fall ist. Dazu gehört die Schaffung größerer Möglichkeiten zum Aushandeln von Preisen und Handelsspannen. Es kann nicht sein, daß z. B. bei Fleisch- und Wurstwaren aus der DDR-Produktion mit einer Handelsspanne von durchschnittlich 8 % gearbeitet wird, wogegen Importe aus der BRD ca. 40% Handelsspanne ergeben und dabei teilweise keine Abschöpfung entgegen den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt.

Zugleich muß alles darauf gerichtet sein, den Beteiligten größere Sicherheiten und Garantien zu geben. Beispielsweise geht es um Sicherheiten, daß die Umbewertung versorgungsnotwendiger Bestände nicht zu Lasten der Handelsbetriebe erfolgt.

Zweitens eindeutig die konkrete Art und Weise der Verwirklichung von Regierungsbeschlüssen zur Beschränkung des Importes von Waren des täglichen Bedarfs zu bestimmen und mißbräuchliche Auslegung derselben zu verhindern.

Drittens, daß die neu gewählten Kommunalvertretungen ihre eigene Verantwortung für die Versorgung in ihrem Territorium

voll wahrnehmen. Die Kommunalvertretungen müssen vor allem ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht besser nachkommen. Ich denke dabei auch an die Schließung von Geschäften, die dann erst nach der Währungsunion wieder geöffnet werden sollen.

Viertens alle unfähigen und unwilligen Leiter abzulösen

(lebhafter Beifall)

und nachgewiesene Sabotagehandlungen zu ahnden - ja, ich möchte mich sehr herzlich für diesen Beifall bedanken, da wir auch auf dem Standpunkt stehen, daß nur die Sachkompetenz und der Einsatzwille das Kriterium sein sollten, das bei einem Leiter angesetzt wird.

(Lebhafter Beifall)

Und schließlich sind nicht mehr wir diejenigen, die darüber zu entscheiden haben.

(Vereinzelt Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Hier gibt es eine Zwischenfrage.

**Degner (DSU):**

Gestatten Sie mir jetzt eine Zwischenfrage. Sie haben am Ende Ihrer Ausführungen an und für sich meine Frage schon beantwortet. Ich wollte Sie nämlich fragen, wer eigentlich für die Endausführung der Regierungsbeschlüsse verantwortlich ist. Es sind nämlich genau diese Leute, die Sie eben genannt haben, die unfähig sind, ja die sabotieren wollen. Deswegen widersprechen Sie sich ja selbst in Ihrer ...

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Also ich muß doch bitten, daß es bei Fragen bleibt. Wenn sie schon beantwortet ist, dann kann ich, glaube ich, dem nächsten Fragesteller das Wort geben. Bitte schön.

**Degner (DSU):**

Also ich hatte die Frage noch nicht gestellt. Ich möchte da auf bitten, daß Sie mich aussprechen lassen, Herr Präsident.

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Weil Sie bis jetzt noch keine Frage gestellt haben. Ich habe gesagt, ich bin da jetzt in nächster Zeit konsequent. Es muß eine Frage gestellt werden.

(Degner, DSU: Ich würde Sie trotzdem bitten, mir das Wort zu belassen.)

Sie hatten als erstes gesagt, Ihre Frage wäre schon beantwortet. Darum habe ich Sie unterbrochen.

(Beifall vorwiegend bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Aber wenn Sie eine zweite Frage stellen wollen, bitte schön, dann jetzt eine Frage.

**Degner (DSU):**

Ich möchte die Frage stellen, wen Sie für verantwortlich erklären, die Regierung oder die unfähigen Leiter?